



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Ökologisches Grünflächenmanagement im Rahmen des kommunalen
Handlungskonzeptes "Grüne Infrastruktur"

Beratungsfolge:

30.10.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

1. Der WBH benennt konkret solche Flächen insbesondere im Innenstadtbereich, die sich dafür eignen, durch eine Umstellung auf eine Bepflanzung bzw. Einsaat mit einheimischen Pflanzenarten (Artenvielfalt, Biodiversität), veränderte Substrate (geeignet für trockenheitsresistente, nährstoffarme Bepflanzungen) und einem veränderten Pflegekonzept, die Artenvielfalt in den Flächen zu fördern. Das muss nicht gleich eine vollständige Liste sein. Der WBH kann z.B. im nächsten Jahr mit einem Dutzend kleinen und größeren Flächen anfangen und die Anzahl dann Jahr für Jahr erhöhen.

2. Zu den kleineren Flächen gehören z.B. Verkehrsinseln: In der Vergangenheit wurden sie zunehmend geteert, um einem Ritzenwuchs vorzubeugen. Hier ist zu prüfen, ob eine Entsiegelung solcher Flächen und Einsaat von Wildblumen nicht kostenmäßig vertretbar und optisch ansprechender wäre. Erfolgreiche Versuche dazu kann man sich in vielen Städten (z.B. in Kamen) anschauen.

3. Aus diesen sukzessiven Einzelschritten wird bis 2020 ein ökologisches Grünflächenmanagement aufgelegt, das schrittweise umgesetzt, intensiviert und fortgeschrieben wird. Dies ist als Bestandteil des gesamtstädtischen Handlungskonzeptes "Grüne Infrastruktur" zu erstellen, dessen Erarbeitung zur Akquisition von Fördermitteln aus dem Förderaufruf "Grüne Infrastruktur NRW" (siehe dazu die Stellungnahme der Verwaltung vom 29.03.2017 zur Vorlage 0271/2017) erforderlich ist. Es ist zu prüfen, ob dafür auch Mittel aus dem "Aktionsprogramm Insektenschutz" der Bundesregierung



verfügbar wären.

Ziel ist weiterhin, dem Verbund "Kommunen für biologische Vielfalt" <https://www.kommbio.de/home/> beizutreten. Mitglieder dieses Verbundes sind inzwischen nicht nur diverse Nachbarkommunen wie Dortmund, Bochum, Kamen, Ennepetal, sondern weitere rund 150 Kommunen in ganz Deutschland.

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

- ☒ sind nicht betroffen
☐ sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung: